

Kosten sparen? Ja bitte! 1:12 macht's möglich.

10. Nov 2013



Hanspeter Guggenbühl / -

Die Initiative 1:12 senkt die Lohnkosten von Konzernzentralen. Ein Standortnachteil? Nein, ein Vorteil.

Zwei Gewissheiten prägten bisher mein ökonomisches Verständnis. Die erste: Eine gleichmässige Einkommensverteilung fördert den Umsatz des Detailhandels. Denn tausend Leute, die in der Migros einkaufen, können ihre tausend Franken schneller in Konsumgüter umsetzen als – sagen wir – Herr Ospel, der mit einer Million Franken im Portemonnaie in die Migros posten geht. Und die zweite Erkenntnis: Unternehmen streben danach, ihre Kosten zu senken, um ihre Gewinne zu mehren. Darum lagern viele Konzerne ihre Produktion und Arbeitsplätze in Niedriglohn-Länder aus.

Doch diese meine Gewissheiten werden seit einigen Monaten erschüttert. Schuld sind bürgerliche Parteien, Wirtschaftsverbände und ihre Schalltrichter in den Medien. Sie haben die vornehme Aufgabe entdeckt, im Interesse des Minderheitenschutzes 4400 Spitzenverdiener in der Schweiz vor dem drohenden Einkommensverlust zu bewahren, den diese als Folge der 1:12-Initiative erleiden würden.

Zuerst rechneten uns die Parteigutachter des Gewerbeverbandes vor, Staat und AHV würden einen massiven Einkommensverlust und die Schweiz einen Wohlstandsverlust erleiden, falls die Spanne zwischen untersten und obersten Löhnen in einem Unternehmen auf 1:12 begrenzt wird. Somit, so schloss ich schon früher, lässt sich der Wohlstand erst maximieren, wenn das gesamte Volkseinkommen auf eine Person konzentriert und der Lohn aller übrigen Bezüger auf null reduziert wird (Vgl. Infosperber vom 12.9.2012: «Wie ungleiche Löhne Staat und AHV retten»).

Die zweite Gewissheit raubt mir unter andern Stefan Schnyder, Wirtschaftsredaktor der «Berner Zeitung» (BZ). In seinem BZ-Samstagskommentar unter dem Titel «Die 1:12-Initiative ist viel radikaler, als sie scheint», warnt er: «In einer ersten Phase besteht das Risiko, dass grosse international tätige Unternehmen ihr Spitzenmanagement ins Ausland verlegen werden.»

Besteht dieses Risiko tatsächlich? Trachten kostenbewusste Aktionäre und Verwaltungsräte wirklich danach, ihre Konzernzentralen von der Schweiz ins Ausland zu verlegen, damit sie ihren Managern weiterhin Löhne in zweistelliger Millionenhöhe zahlen dürfen? Logischer wäre das Gegenteil: Wenn die Schweiz sich dank Zustimmung zur 1:12-Initiative zum Tieflohn-Land für Spitzenmanager entwickelt, müsste sie zusätzliche Konzernzentralen von

international tätigen Unternehmen anziehen, wie es – am andern Ende der Lohnskala – der Staat Bangladesh mit seinen Nähfabriken tut.

Zumindest die Sachwalter der reichen Schweiz sollten darum der 1:12-Initiative zustimmen. Denn, so schreibt ihr Kommentator in der BZ weiter: «Die Schweiz verdankt ihre hohe Wirtschaftskraft in erster Linie der hohen Dichte an international orientierten Grossunternehmen. So gesehen ist diese Abstimmung auch ein Plebiszit für oder gegen Grossunternehmen.» Eben.